Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 86. Abendblatt. Donnerstag den 20. Februar 1868.

Deutschland.

Berlin, 19. Februar. Se. Majestät der König nahmen die Vorträge der Hofmarschälle, Graf Keller, Graf Pückler und Graf Perponcher, des Geh. Kabinets-Raths v. Mühler und des Geh. Raths Bork entgegen und ertheilten dem Grafen Stolberg-Stolberg Audienz.

— J. Maj. die Königin erschien gestern mit Sr. Maj. dem Könige auf dem Feste in der K. französischen Botschaft.

— Die Beerdigung der Frau Oberin von Bethanien, Gräfin Anna zu Stolberg, findet morgen (Donnerstag), Mittags 11¾ Uhr, von Bethanien aus statt.

— Der Provinzial-Landtag der Provinz Preußen wird im Monat März einberufen werden. Die Provinzial-Landtage sämmtlicher Provinzen sollten schon im vorigen Herbste versammelt werden. In Folge des damaligen nahen Zusammentreffens des Reichstages und des Landtages wurde jedoch die Berufung der Provinzial-Landtage bis zum Frühjahre verschoben. Dieselbe wird für alle Provinzen stattfinden. Für die Provinz Preußen aber erschien die unverweilte Berufung mit Bezug auf die augenblicklichen Verhältnisse dringend wünschenswerth.

— Die „Spen. Z." schreibt: „In Abgeordnetenkreisen wird ein Allerhöchstes Handschreiben an den Herrn v. Bodelschwingh mit Bezug auf die Vorfälle auf dem Hofball vom 6. d. Mts. besprochen." Nach anderen Nachrichten hatte Se. Maj. der König auf jenem Balle mehreren Gästen, u. A. auch dem Abgeordneten, früheren Minister v. Bodelschwingh, Vorhaltungen über die Stellung der konservativen Fraktion zum Minister v. Bismarck und über ihre Abstimmungen gemacht. Hierauf habe Herr v. Bodelschwingh an Se. Maj. geschrieben, und in Folge dessen habe der König ein eigenhändiges, fast acht Seiten langes Schreiben an Herrn v. Bodelschwingh gerichtet, in welchem er ihm schließlich die Fortdauer seiner Gnade versichert.

— Die Landtagssession wird in Folge der Einbringung einiger neuer dringender Gesetzesvorlagen noch um etwa acht Tage verlängert werden, so daß der Schluß mit dem Ende dieses Monats (vermuthlich am 29.) erfolgen dürfte. (Prov.-Corr.)

— Der Zoll-Bundesrath wird im Laufe nächster Woche seine Berathungen behufs Vorbereitung der Sitzung des Zoll-Parlamentes beginnen. Sämmtliche preußische Mitglieder des norddeutschen Bundesrathes sind von unserer Regierung auch in den Zoll-Bundesrath berufen worden. — Die Berufung des Zoll-Parlamentes ist vorläufig für die zweite Hälfte des Monats März in Aussicht genommen.

— Auch zu Posen, Neisse und Wesel wird im Laufe des Frühjahres mit dem Bau umfangreicher Militär-Arsenale vorgegangen.

— Der Ankauf von Remontepferden für die Kavallerie und Artillerie erfordert, in Folge des gesteigerten Friedensbedarfs, für dieses Jahr eine Summe von 813,000 Thlrn.

— Der Oberst-Lieutenant Oppermann, aus früher hannoverschen Diensten, dem Stabe des Ingenieurskorps aggregirt, ist zum Platzingenieur von Neiße ernannt worden.

— Wie die „Zdl. Corr." aus guter Quelle erfährt, wird jetzt Seitens des Gouvernements sofort der Frage wegen Decentralisation der Verwaltung näher getreten werden und zwar zunächst durch kommissarische Vorberathungen unter den betheiligten Ministerien. Es liegt auf der Hand, daß die Frage der Decentralisation mit der Reform der Kreis- und Provinzial-Verfassung in dem genauesten Zusammenhange steht und nur mit dieser gleichzeitig gelöst werden kann.

— Ein hiesiger Industrieller hat von seinem Versuche, ein Geschäft unter Betheiligung der Arbeiter in der Form einer industriellen Partnerschaft fortzuführen, dem Handelsminister Mittheilung gemacht. In dem hierauf eingegangenen Antwortsschreiben begrüßt der Minister diesen Versuch mit lebhaftester Freude und hegt den lebhaftesten Wunsch, daß dasselbe recht bald in weiteren Kreisen Nachahmung finden möge.

— Die Gründungs-Versammlung des deutschen nautischen Vereins ist auf den 14. und 15. April d. J. nach Berlin ausgeschrieben.

— Der Generalstab der Armee hat gegenwärtig wieder eine bedingte Erweiterung durch Ueberweisung einer größeren Anzahl von Hauptleuten und Premierlieutenants der Infanterie, Kavallerie und Artillerie erfahren.

Berlin, 19. Februar. Die „N. A. Z." schreibt: In der Weltgeschichte sehen wir Thaten Gottes, — je nachdem durch Römer, durch Franken, auch durch Preußen ausgeführt. Unseres eigenes preußisches Königthum steht uns höher als jedes andere irdische Reich; das aber hindert uns nicht, die hohe Bedeutung des Prinzips der Legitimität anzuerkennen, und unsere Sympathieen sind stets legitimen Fürsten zugewendet, die entthront oder vertrieben worden. Solche Sympathieen werden auch durch die ganz klaren politischen Fehler nicht aufgehoben, in die ein ehemaliger Souverän verfallen, durch die er den Verlust seines Thrones selbst herbeigeführt. Wir sehen in ihm einen Besiegten der Weltgeschichte, und zählen uns gern zu den „Höflingen des Unglücks." So ist denn unser Mitgefühl auch dem unglücklichen Könige Georg V. und seinem Hause ins Exil gefolgt; um so tiefer vielleicht, weil wir die große Zahl seiner politischen Fehler seit langer Zeit sehr wohl erkannt und dargelegt hatten, — dies allerdings ohne allen Erfolg, außer den die Schimpfartikel bekundeten, die von der liebedienerischen Presse des armen Königs gegen uns gerichtet wurden. Doch das Alles sind vergangene Dinge. Jetzt aber müssen wir bekennen. Was neuerer Zeit in und von Hietzing aus geschehen, hat unser Mitgefühl stark verringert. Wir müssen nothwendig die Achtung vor einem Unglück schwinden fühlen, welches in einer solchen Weise mit einem Familienfeste zu demonstriren sich nicht enthält, wie wir es so eben leider sehen müssen. Wir begreifen es sehr gut, daß die Treue ins Exil geht, um dem ehemaligen Herrn ihre Huldigung darzubringen; aber wir begreifen nicht, daß man solche Huldigung sich mittelst Freibillet auf der Eisenbahn, auf dem Wege der Spedition und des Transito kommen lassen kann. Wir begreifen nicht, daß man die Treue, zwei Gulden für den Tag, massenhaft in und um Hietzing einquartiren kann. Wir begreifen vollends gar nicht, wie man die Loyalität zur Feier eines silbernen Hochzeitsfestes in Offenbach'sche Loretten-Musik führen kann! Das ist nicht des „Unglücks hochfürstliche Last", wie Richard Löwenherz sie trug und Blondel sie besang. Wir sehen hier ganz und gar von der Geldfrage ab. Was die betrifft, so hat sich die preußische Regierung darüber im Herrenhause gestern mit einer Klarheit ausgesprochen, die nichts zu wünschen übrig läßt. Aber wir wenden uns voll Schmerz von einem Unglück, dessen Haltung nicht im Einklang steht mit seiner Größe.

— Obgleich der Konflikt zwischen dem Grafen Bismarck und einem Theile der konservativen Partei viel von seiner anfänglichen Schärfe verloren hat, sind doch, wie das „Volksblatt" hört, die bisherigen guten Beziehungen zwischen beiden Theilen zur Zeit noch nicht vollständig wieder hergestellt, indem die von der Regierung gewünschte Neuwahl des Vorstandes der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses unter Ausschluß der Herrn von Bodelschwingh, Konsistorialrath Bieck und von Denzin noch nicht erfolgt ist. Die „Zeidl. Corr." polemisirt noch gegen das Verhalten der Rechten des Abgeordnetenhauses und schließt den Artikel mit der Drohung: „Wenn die konservative Fraktion jetzt fortgeht, ohne Etwas zur Wiederanknüpfung gethan zu haben, dann wird, wenn sie wiederkommt, die Verständigung nicht von selbst gegeben, sondern sie wird unmöglich geworden sein."

— Ueber die Thätigkeit des Johanniterordens in Ostpreußen gehen uns von dort folgende Mittheilungen zu: „An freiwilligen Beiträgen der Ritter sind bereits 21,000 Thaler eingegangen, und außerdem aus der Ordenskasse bedeutende Summen verwandt. In der Stadt Rhein ist die Krankenpflege ausschließlich vom Orden in die Hand genommen, und hat der Ehrenritter Rittmeister von Pyszka dort sein bleibendes Quartier aufgeschlagen. Bekanntlich reiste bereits am 3. d. Mts. die Oberin aus Bethanien, Gräfin Stolberg, in Begleitung zweier Diakonissinnen dahin, der es gelang, in kurzer Zeit eine geordnete Lazarethpflege zu organisiren. Sowohl das städtische wie provisorisch eingerichtete Krankenhaus befanden sich in der traurigsten Verfassung. — Die Kranken lagen meist nackt, mit Lumpen bedeckt auf faulendem Stroh und wurden von Ungeziefer verzehrt. — Es gebrach an jeder Pflege und Abwartung! Aber noch schlimmer erging es den Kranken in Privat-Wohnungen, die vor Kälte erstarrt in vollster Apathie den Tod erwarteten. Es wurden drei Lazarethe organisirt und ein Theil in der Stadt gepflegt und behandelt. Eine dritte Schwester aus Bethanien ist bereits abgegangen. Die Gräfin selber ist erkrankt zurückgekehrt und bekanntlich ein Opfer ihres Liebeswerkes geworden. — Nach Liebstadt ist auf Veranlassung des Ordens der Pastor Ulbrich mit vier (zwei sind später noch eingetroffen) Diakonissinnen aus Breslau abgegangen und ein Arzt aus Berlin, Dr. Confeld. Für Stallupönen und Umgegend, wo der Typhus in hohem Grade herrscht, hat der Rittmeister v. Wernsdorf die Fürsorge übernommen, und sind vier aus Kaiserswerth berufene Schwestern ihm zur Verfügung gestellt, deren zwei in Mehlkernen, als dem am meisten heimgesuchten Ort stationirt sind. Im Ordenskrankenhause zu Gerdauen werden zur Zeit 42 Kranke verpflegt. Zu Bartenstein liegen von 53 Kranken 49 am Typhus nieder. Vier Meilen von Bartenstein entfernt, im Dorfe Bretschusdorf hat der Pfarrer Künstler mit der größten Opferfreudigkeit die Sorge für die große Anzahl Typhuskranker übernommen, wozu ihm die Mittel aus der Ordenskasse angewiesen werden. In bedeutender Menge werden von dem Orden freie Medikamente verabreicht.

Berlin, 19. Februar. (Haus der Abgeordneten.) 52. Sitzung. Der Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10¾ Uhr. — Am Ministertische: Frhr. v. d. Heydt und mehrere Regierungs-Kommissare.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Verlesung einer Interpellation des Abg. Lasker. Dieselbe lautet: Nach hier eingegangenen und durch mehrere Zeitungen veröffentlichten Privatberichten soll zu Jerusalem der dort der preußischen Gerichtsbarkeit des preußischen Konsulats unterworfene Arjeh Markus in seinem eigenen Hause von dem Konsul der Vereinigten Staaten Nordamerikas gewaltsam ergriffen, körperlich gemißhandelt und ins Gefangniß geworfen worden sein. Als Grund des gewaltsamen Verfahrens und der Mißhandlungen wird angegeben, daß der amerikanische Konsul ein 14jähriges Mädchen jüdischer Religion, die hinterlassene Waise eines geborenen preußischen Bürgers Namens Steinberg, welche unter der Vormundschaft des Arjeh Markus steht, wider den Willen des Vormundes und des Mädchens selbst, einer zum Christenthume übergetretenen Schwester des Letzteren zuführen wollte, durch Veranlassung des Arjeh Markus des Mädchens aber nicht habhaft werden konnte. Dem preußischen Konsulate wird vorgeworfen, daß es, obschon angerufen, dem Arjeh Markus keinen Beistand geleistet, sondern den amerikanischen Konsul in seinem gewaltsamen Verfahren unterstützt habe. Ich erlaube mir an die Königliche Staatsregierung die Anfrage zu richten: 1) Ob dieselbe von dem Vorfalle Kenntniß erhalten hat? 2) Ob sie nach der ihr bekannt gewordenen Sachlage das Verfahren des preußischen Konsulats für gerechtfertigt hält? 3) Entgegengesetzten Falles: Ob und welche Mittel die Königl. Staatsregierung ergriffen hat oder zu ergreifen gedenkt, um den bedrohten Personen wirksamen Schutz zu verleihen und die Beamten des preußischen Konsulats zur Rechenschaft zu ziehen. — Der Finanzminister Frhr. v. der Heydt erklärt, daß er, so weit er dazu in der Lage sei, die Interpellation sofort beantworten werde, und es erhält deshalb zur Begründung derselben der Abg. Lasker das Wort. Derselbe weist darauf hin, daß über diesen Vorgang unter seinen Glaubensgenossen große Aufregung herrsche. Um diese Aufregung zu beseitigen, habe er seine Interpellation gestellt. Man dürfe nicht die Befürchtung aufkommen lassen, daß die preußische Regierung ihre Unterthanen und Schutzgenossen im Auslande nicht schütze; es werde daraus, in Süddeutschland namentlich, Kapital gegen die preußische Regierung geschlagen. Er würde der Regierung sehr dankbar sein, wenn sie durch ihre Erklärung in der einen oder andern Weise zur Beruhigung der Gemüther beitragen sollte.

Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: In Jerusalem bestehe ein preußisches Konsulat nicht mehr. Dasselbe sei ein Bundes-Konsulat und daraus erkläre es sich, daß dem Staatsministerium über den Vorgang keine Berichte zugegangen seien. Es werde aber Veranlassung genommen werden, die Angelegenheit dem Bundes-Kanzleramt vorzutragen. — Damit ist diese Angelegenheit erledigt und folgt als zweiter Gegenstand der Tagesordnung der mündliche Bericht der Finanz-Kommission über den Gesetzentwurf, betr. die Verwaltung der Beamten-Wittwen- und Waisenkassen in den neuen Provinzen und die Verwendung ihres Vermögens. — Der Gesetzentwurf wird ohne erhebliche Diskussion angenommen. — Ohne Diskussion genehmigt das Haus hierauf den Gesetzentwurf, betr. die Beschränkung der in den neuen Landestheilen in Verwaltungs-Angelegenheiten zur Erhebung kommenden Gebühren und Sporteln. — Es folgt die Schlußberathung über den Gesetzentwurf, betr. das Recht der im preußischen Unterthanen-Verhältniß stehenden Civilbeamten des norddeutschen Bundes zum Eintritt in die Allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt. — Berichterstatter ist der Abg. v. Benda. Derselbe beantragt die Genehmigung des Gesetzes, die auch ohne Diskussion erfolgt. — Der fünfte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Handel über verschiedene, Eisenbahnbauten betreffende Petitionen. — In der ersten Petition beantragen die Stadtverordneten der Stadt Menden zum Zwecke der Herstellung eines Eisenbahn-Anschlusses von Menden an die Ruhrthal-Bahn die Verwendung eines Theiles der der Staatskasse verfallenen Köln-Soester Kaution von 500,000 Thalern. — Die Kommission beantragt Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung. — Abg. Frhr. v. Vincke beantragt: die Regierung aufzufordern, die Verwendung der Kaution von 500,000 Thlr. gesetzlich zu regeln und in diesem Sinne dem Landtage eine Vorlage über eine Eisenbahn von Freudenberg nach Menden zu machen. Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgt eine Petition der Bewohner der Stadt Neuwied und der Bürgermeisterei Heddesdorf. Die Kommission beantragt: „Die Petition der Regierung mit der dringenden Aufforderung zu überweisen, durch alle ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen und Administrativmittel dafür Sorge zu tragen, daß die bereits konzessionirte Eisenbahn auf dem rechten Rheinufer von Ehrenbreitstein nach Siegburg schleunig in Angriff genommen und vollendet würde." — Es entspinnt sich eine längere Debatte, in welcher Abg. v. Guerard die rheinische Eisenbahngesellschaft gegen die ihr von den Petenten gemachten Vorwürfe in Schutz zu nehmen sucht, Abgeordn. Dr. Becker aber dieselben in vollem Maaße aufrecht erhält. Die rheinische Eisenbahngesellschaft suche ihr Monopol zu Ungunsten der allgemeinen Verkehrsinteressen auszubeuten, und komme ihren Verpflichtungen in keiner Weise nach. Sie verzögere den Bau der betreffenden Strecke absichtlich, da sie für sich Nachtheil davon befürchte. — Regierungs-Komm. v. d. Reck erklärt im Interesse der öffentlichen Gerechtigkeit die gegen die rheinische Eisenbahngesellschaft erhobenen Vorwürfe für ungerechtfertigt. Die Beseitigung der bisher bestandenen Hindernisse für den Bau der betreffenden Strecke habe nicht allein in der Macht der Gesellschaft gelegen. — Abg. Raitz v. Frentz schließt sich dem Abg. Becker durchaus an. Er empfehle den Antrag der Kommission. — Abg. Frech thut dasselbe. — Abgeordn. Böhmer: Daß die rheinische Eisenbahngesellschaft außer von Herrn von Guerard auch vom Ministertische aus in Schutz genommen wird, wundert mich nicht; denn, ich spreche es offen aus, die Königliche Staatsregierung ist lange Zeit der Complice der rheinischen Eisenbahngesellschaft gewesen (hört! hört!); ich meine damit nicht den gegenwärtigen Handelsminister, sondern seinen Vorgänger. (Hört! hört!) — Redner weist nach, wie die Rheinische ihr Monopol überall nur zu ihrem Vortheile zu Ungunsten der allgemeinen Verkehrsinteressen ausgebeutet habe und leider häufig von der Regierung darin unterstützt worden sei, indem sie die Konkurrenz anderer Bahnen, der Köln-Mindener und Bergisch-Märkischen, auszuschließen suchte. Die Petition sei in allen Punkten gerechtfertigt. Er polemisirt sodann gegen den Abg. v. Guerard, der allerdings sehr ausführliches Material vorgebracht habe, was er aber wohl kaum in seiner Eigenschaft als Abgeordneter erhalten habe, sondern wohlals Mitglied des Verwaltungsrathes der rheinischen Eisenbahngesellschaft (hört! hört!).

Präsident v. Forckenbeck: Ich muß den Redner unterbrechen: Herr v. Guerard ist nur als Abgeordneter hier im Hause, nicht als Mitglied des Verwaltungsraths einer Eisenbahngesellschaft. — Reg.-Komm. v. d. Reck: Namens der Regierung muß ich auf das Entschiedenste den herben Vorwurf zurückweisen, daß unter dem früheren Handelsminister zu Gunsten der rheinischen Gesellschaft die Interessen des öffentlichen Verkehrs verletzt seien. — (Der Finanzminister v. d. Heydt ist während dieser Debatten nicht anwesend.) — Referent Abg. Dr. Hammacher befürwortet nochmals den Kommissionsantrag, der fast einstimmig angenommen wird. — Ueber mehrere Petitionen, betreffend verschiedene in den Herzogthümern Bremen und Verden (Provinz Hannover) auf Staatskosten oder mit Zinsgarantie zu erbauende Eisenbahnen, wird nach dem Antrag der Kommission zur Tagesordnung übergegangen. — Es folgt der erste Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über Petitionen. — Gustav Bonn und zwanzig Kalkbrennereibesitzer in Berlin, Freienwalde u. s. w. tragen vor: „Die fiskalische Verwaltung des Steinbruches zu Rüdersdorf beabsichtigte, den Steinbruch durch eine Zweigbahn mit der Berlin-Küstriner Bahn in Verbindung zu setzen, an der Berlin-Küstriner Bahn bis 40 Kalköfen zu erbauen und vermittelst der Bahn sowohl Kalksteine wie gebrannten Kalk in die entlegensten Gegenden zu vertreiben. Sie hätten sich im Frühjahr 1867 an den Handelsminister gewendet, seien aber ohne Antwort geblieben, und ersuchen nun das Haus: „die Regierung zu veranlassen, von dem Bau einer Zweigbahn von Rüdersdorf nach der Berlin-Küstriner und der projektirten Errichtung von Kalköfen für fiskalische Rechnung Abstand zu nehmen." — Aehnliche Beschwerden enthalten die Petitionen des Fabrikanten Schildknecht zu Freienwalde und des Schiffers Kreiter mit 184 Genossen. — Petenten stützen sich darauf, daß der Staat keine Privatindustrie treiben dürfe, zumal es nie an Absatz für das Rohprodukt gefehlt habe. — Die Kommission beantragt die Tagesordnung über diese Petitionen und das Haus tritt ihr bei. — Abg. Dr. Becker berichtet darauf für die Kommissionen für Handel und Finanzen über die Petition des Kommerzienraths Friedrich Bohn in Koblenz, betreffend die Herstellung einer Moselbahn, und beantragt den Uebergang zur Tagesordnung. — Der Antrag auf Tagesordnung wurde mit großer Majorität angenommen.

Es folgt der Bericht der Kommission für die Agrarverhältnisse über die Petition der Eingesessenen Marx Beckmann und Gen. zu Mehlbeck in Holstein, betr. die Ablösung ihrer der Gutsherrschaft zu leistenden Hand- und Spanndienste. — Der Antrag der Kommission, die Petition der Regierung zu überweisen, mit dem Antrage, dem Landtage den Entwurf zu einem Gesetze über die Ablösung der Reallasten in Schleswig-Holstein vorzulegen, wird angenommen, nachdem der Minister v. Selchow die Uebereinstimmung der Regierung mit demselben ausgesprochen hat. Derselbe erklärt, daß ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf bereits vorbereitet werde, und würde das Haus bei Vorlegung desselben Gelegenheit haben, seinen Wünschen Ausdruck zu geben. — Darauf folgt der zweite Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über Petitionen. Ueber eine Petition der Hausbesitzer F. Eckert und Genossen in Breslau (mit ca. 3600 Unterschriften), die sich gegen die Ausführung des Gesetzes vom 9. März 1867, soweit es sich um die Breslauer Verbindungsbahn handelt, richtet, beantragt Ref. Abg. Becker, zur Tagesordnung überzugehen. In derselben wird vorgetragen, die Königliche Direktion der niederschlesisch-märkischen und der oberschlesischen Eisenbahn gehe mit dem Plane um, die jetzige Verbindungsbahn auf dreifaches Geleise

zu verbreitern und auf einen 14—17 Fuß hohen Damm zu legen. Dieser Damm soll, vom oberschlesischen Bahnhofe ausgehend, die jetzige Richtung der Verbindungsbahn bis da, wo der Fußweg nach Höfchen von der Friedrichsstraße abgeht, beibehalten, sich von da in einer Kurve südwestlich wenden, die Freiburger und niederschlesisch-märkische Bahn mit Brücken überschreiten und in die Posener einmünden. Petenten behaupten, daß dieser Bauplan durchaus nicht dem Sinne des Gesetzes, beziehungsweise der Vorlage der Staatsregierung, auf welche hin der Landtag seine Zustimmung zum Gesetze ertheilt habe, entspreche, und daß er zum Schaden von Breslau sei. — Der Antrag der Kommission wird angenommen und damit der des Abg. Laßwitz erledigt. — Zwei Eingesessene des Kreises Biedenkopf petitioniren: „das Haus wolle der Regierung den baldigen Abschluß eines Vertrages, welcher die Ausführung der Lenne-Lahnbahn mit der Zweigbahn nach Wetzlar in möglichst kurzer Zeit sichert, dringend empfehlen.“ — Referent Dr. Becker beantragt Uebergang zur Tagesordnung, welchem Antrage das Haus beitritt.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommissionen für Finanzen und Handel über Petitionen, betreffend das Münzwesen in den neu erworbenen Landestheilen. Die Gewerbetreibenden von Hanau, Fulda und Schlüchtern bitten, daß die Verordnung vom 24. August v. J., das Münzwesen in den neuerworbenen Landestheilen betreffend, für die südlichen Theile des ehemaligen Kurfürstenthums Hessen wieder aufgehoben werde. Ref. v. Bennigsen beantragt Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung und Abhülfe. — Reg.-Komm. Meinecke bemerkt, daß die Beschwerde zum Theil bereits erledigt, zum Theil nur durch Beseitigung des jetzigen gesetzlichen Zustandes erledigt werden könne. Die Inkonvenienzen, die das neue Münzgesetz in allen Grenzdistrikten veranlasse, würden durch die Regierung so weit als möglich gemildert. — Der Antrag der Kommission wird genehmigt.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Tagesordnung: Eine ungewöhnlich große Zahl bisher unerledigter Vorlagen aller Art.)

Hannover, 18. Februar. Der Herzog v. Ahrenberg-Meppen hat die Summe von 10,000 Thalern zur Verfügung gestellt, um diese zur Unterstützung der Nothleidenden des Herzogthums durch Chaussee- und sonstige Wegebauten zu verwenden. — Zur nächsten Freiwilligenprüfung haben sich aus der Stadt Hannover 200 Aspiranten gemeldet; aus der ganzen Provinz sind 1200 Meldungen eingelaufen.

Dresden, 19. Februar. Die zweite Kammer hat in der heutigen Berathung des Budgets einen Antrag auf baldige Aufhebung des Instituts der Kommunalgarden angenommen. Die Regierung erklärte ihre Zustimmung zu diesen Antrage.

Karlsruhe, 16. Februar. Das Resultat der gestrigen Wahlen zum Zollparlament ist bei Weitem noch nicht vollständig bekannt. Nach bis jetzt vorliegenden Berichten haben Stimmenmehrheit erhalten: in Constanz-Faller, in Donau-Echingen und Villingen-Kirsner im Amtsbezirk Lorrach — v. Roggenbach, in Freiburg und Emmendingen — Fauler, in Lahr und Offenburg Kiefer, — in Stadt Baden — Lamey. In Karlsruhe und Bruchsal — Kölle, in Pforzheim und Durlach — Dennig, in Mannheim und Schwetzingen — Diffene, in Heidelberg — Hirth, in Mosbach — Bluntschli.

Stuttgart, 19. Februar. Der Haupt-Finanz-Etat wurde heute vom Abgeordnetenhause auf drei Jahre genehmigt. Das Ordinarium beträgt 63,700,000 Gulden, wovon 28 Millionen durch den Ertrag der Domainen, 32 Millionen durch die Steuern und 3 Millionen durch einen Steuerzuschlag von zehn Prozent gedeckt werden.

Ausland.

Paris, 19. Februar. Der „Abend-Moniteur“ sagt mit Bezug auf die Erklärung, welche der Minister Bratiano in der Deputirtenkammer zu Bukarest über die Politik der rumänischen Regierung abgegeben hat, daß die strenge Befolgung dieses Programms eine aus höheren Rücksichten gebotene Nothwendigkeit wäre. Die Großmächte hätten die Donaufürstenthümer mit Beweisen des Wohlwollens und des Interesses überschüttet, und an ihnen würde es nun sein, die Hoffnungen, welche die Mächte auf ihre weise Mäßigung gesetzt, zu rechtfertigen. Die so reichlich erwiesenen Wohlthaten legten den Fürstenthümern Verpflichtungen auf, welche sie nicht mißachten dürften. Das rumänische Ministerium würde unverzeihlich handeln, wenn es nach so bestimmten Kundgebungen Handlungen oder Bestrebungen dulden würde, welche die Sicherheit der benachbarten Provinzen gefährden könnten.

— Gesetzgebender Körper. In der heute fortgesetzten Debatte über das Preßgesetz wurde zunächst das Amendement der Opposition, welches die Aufhebung des Gesetzes in Betreff der Bestrafung von Verstößen gegen die öffentliche und die religiöse Moral verlangt, nachdem Jules Simon dafür und Beauverger dagegen gesprochen, verworfen. Es folgte darauf die Diskussion über das Amendement wegen Aufhebung des Verbotes der Berichterstattung über Preßprozesse. An derselben betheiligen sich Picard, Mathieu, Jules Favre, der Minister Pinard und Ollivier. Die Einen behaupten, daß die Veröffentlichung der Verhandlungen einer Vergrößerung und Vervielfältigung des Vergehens gleich sei. Die Anderen meinen, daß die Publikation nur als eine Erweiterung der öffentlichen Zuhörerschaft zu betrachten sei. Das Amendement wird mit 204 gegen 30 Stimmen verworfen.

Paris, 19. Februar. Der Präsident des gesetzgebenden Körpers leidet an vollständiger Heiserkeit, sein Zustand hat indeß nichts Bedenkliches. Der Minister Frankreichs in Japan, Rocher, ist aus Gesundheitsrücksichten zur Disposition gestellt. — „Patrie“ erklärt die Nachricht, Graf Menabrea habe die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Intriguen des Palastes Farnese gelenkt, für unbegründet, und fügt hinzu, Menabrea wisse sehr wohl, daß das Kaiserliche Kabinet unablässig bemüht gewesen sei, einerseits die Hoffnungen und ehrgeizigen Anschläge zu entmuthigen, welche die Ereignisse der letzten Zeit in der Umgebung des Königs Franz II. hätten erwecken können, und andererseits der Regierung des Papstes begreiflich zu machen, daß sie sorgfältig alle gegen Italien gerichteten Unternehmen und feindlichen Machinationen verhindern müsse. — Briefe desselben Blattes aus Canea vom 7. d. M. sprechen von drei neuen Zusammenstößen zwischen den Insurgenten und den türkischen Truppen, in welchen letztere die Oberhand behalten hätten. — „France“ dementirt, daß für die Verhandlungen wegen des Konkordats zwischen dem heiligen Stuhle und Oesterreich die Dienste der französischen Regierung erbeten seien. — „Etendard“ macht in einem Telegramme aus Nizza vom 18. Abends die Mittheilung, daß der Zustand des Königs Ludwigs I. von Baiern wieder beunruhigend geworden ist. Die Aerzte bereiten eine zweite Incision in das Bein vor.

Florenz, 19. Februar. In gut unterrichteten Kreisen wird die Nachricht, daß General Lamarmora mit einer Mission nach Paris betraut sei, als unrichtig bezeichnet. — Die Deputirtenkammer wird unmittelbar nach den Carnevalsferien die Diskussion der Finanzgesetze beginnen. — Der Vorschlag, die Bank mit dem Schatzkammerdienst zu betrauen, stößt auf lebhaften Widerstand.

Petersburg, 13. Februar. Eine Karte, auf welcher die von der Hungersnoth heimgesuchten Gegenden Rußlands mit einer dunkeln Farbe bezeichnet wären, würde nach dem „Golos“ folgendes Bild gewähren. Der ganze nördliche Uferstrich des europäischen Rußlands, das Gouvernement Archangelsk und das Petschoraland umfassend, wäre dunkel gefärbt. Im Osten würde sich der dunkle Gürtel über einen Theil des Gouvernements Perm und im Westen von der lappländischen Grenze über das ganze Gouvernement Olonez, den östlichen Theil des Gouvernements Petersburg und die Gouvernements Nowgorod und Pskow ziehen, dann sich südöstlich durch die Gouvernements Mohilew und Smolensk und zuletzt östlich bis zu den Gouvernements Twer und Rjäsan wenden. Ein Blick auf eine solche Karte, bemerkt der „Golos“, würde hinreichen, um die Massenhaftigkeit der Mittel zu erkennen, die zur Abwehr der Noth und zur Ermöglichung einer Bestellung der Felder nothwendig sind. Die Beiträge zum Besten der Nothleidenden, welche bis jetzt der Kanzlei der Großfürstin Cesarewna eingereicht worden sind, belaufen sich auf 204,043 R. $40\frac{1}{2}$ K.

Newyork, 8. Februar. Das Haus der Repräsentanten hat beschlossen, den Gouverneuren der ehemaligen konföderirten Staaten Nord- und Süd-Carolina, sowie dem General Longstreet die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte wieder zu gestatten. — Das Rekonstruktions-Comité hat ein Sub-Comité eingesetzt, um festzustellen, ob des Präsidenten Johnson Opposition gegen die Wiedereinsetzung Stanton's als Kriegsminister die Verordnungen der Aemterbesetzungsbill verletzt habe und somit Grund zur Versetzung in Anklagestand bieten könne. — Es wird mitgetheilt, General Grant und mehrere Mitglieder des Kabinets, sowie die Korrespondenten verschiedener Zeitungen seien vorgeladen, um als Zeugen dafür vernommen zu werden, daß bereits eine Entscheidung Seitens des Rekonstruktions-Comité erfolgt war, welche gegen die Versetzung des Präsidenten in Anklagestand lautete.

Bombay, 29. Januar. Innerhalb der letzten 14 Tage sind ungefähr 30 Schiffe mit der dritten Brigade der Feld-Armee und den für die Expedition bestimmten Thieren von hier nach Abyssinien abgegangen. Die Einschiffung der vierten Brigade ist noch auf unbestimmte Zeit aufgeschoben. — Große und erfolgreiche Anstrengungen sind von dem hiesigen Kommissariat gemacht, um die Requisitionen des Oberbefehlshabers der Expeditions-Armee, welcher mehr Thiere und Kriegsvorräthe fordert, zur Ausführung zu bringen. — Die im Gefängniß von Yanna Detinirten versuchten eine Meuterei und fielen über die Wärter her, wurden jedoch überwältigt, wobei ihrer drei getödtet wurden. Ein großer Trupp von Gefangenen aus den letzten Scharmützeln mit den Insurgenten vom Stamme der Wagheers empörte sich zu Itnaghvoiy, überrumpelte die Wärter und begab sich auf die Flucht.

Caltutta, 22. Januar. Es herrscht große Mißstimmung über die Verlegung der Expedition der Postdampfer auf die Sonntage. — Die Handelskammer hat ein von den ersten Kaufleuten und Banquiers unterzeichnetes Memorial der Regierung überreicht, in welchem letztere darum angegangen wird, dem Plane einer direkten telegraphischen Ueberlandslinie allen Vorschub zu leisten und die ihrerseits erforderlichen Garantieen zu übernehmen. — Der Brigade-General Steward hat sich am 10. d. Mts. mit dem Rest der Brigade „Bengalen“ nach Abyssinien hier eingeschifft. — In Bhutan dauern die Unruhen fort, indem die Distrikts-Häuptlinge einander bekämpfen. — Die Afghanen haben die Besetzung der Stadt Balkh (Hauptstadt von Turkestan) aufgegeben und sich in südwestlicher Richtung nach Herat zurückgezogen. Darauf ist die Stadt Balkh von Abdul-Rhaman ohne Schwertstreich besetzt worden.

Pommern.

Stettin, 20. Februar. Ueber die Veränderungen der Wahlbezirke und Wahlorte für die Wahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, nach dem neuen Entwurfe, wie er dem Abgeordnetenhause zugegangen ist, verlautet Folgendes: Der Stettiner Regierungsbezirk wählte bisher 12 Abgeordnete; diese Zahl wird zwar auch in dem neuen Entwurfe beibehalten, doch werden folgende Veränderungen beabsichtigt: die Kreise Demmin-Anklam-Usedom-Wollin-Ueckermünde wählten bisher 3 Abgeordnete im Wahlorte Anklam; jetzt sollen die Kreise Anklam und Ueckermünde in Ueckermünde 1, Demmin 1 in Demmin und Usedom-Wollin 1 Abgeordneten in Swinemünde wählen. Die Kreise Randow-Greifenhagen wählten bisher 2 Abgeordnete in Greifenhagen, beide Kreise werden nach der Vorlage getrennt, der Randower soll in Garz und der Greifenhagener in Greifenhagen wählen. Für Stettin tritt keine Veränderung ein; der Pyritzer und Saatziger Kreis wählte bisher 2 Abgeordnete in Stargard, jetzt soll der Pyritzer in Pyritz und der Saatziger in Freienwalde wählen. Für Naugard-Regenwalde wurden bisher 2 Abgeordnete in Naugard gewählt, beide sind ebenfalls getrennt und wählen nach der Vorlage je einen Abgeordneten in Naugard und Labes. Der Greiffenberger und Camminer Kreis wählte bis jetzt in Greiffenberg 2 Abgeordnete, sie sollen getrennt in Greiffenberg und Cammin je 1 Abgeordneten wählen. Es bleiben für den Regierungsbezirk Stettin 12 Abgeordnete. — Im Regierungsbezirke Cöslin wurden 12 Abgeordnete gewählt, dies wird auch in Zukunft der Fall sein. Die 3 Kreise Lauenburg-Bütow-Stolp wählten in Stolp 3 Abgeordnete, jetzt soll der Stolper Kreis in Stolp 2, der Lauenburger in Lauenburg 1 und der Bütow-Rummelsburger Kreis zusammen 1 Abgeordneten in Rummelsburg wählen. Bisher wählte der Kreis Rummelsburg und Schlawe zusammen 2 Abgeordnete in Schlawe, der Schlawer Kreis wird in Zukunft selbstständig 1 Abgeordneten in Schlawe wählen. Der Schivelbein-Dramburger Kreis wählte bisher abwechselnd in Schivelbein und Dramburg 1 Abgeordneten, beide Kreise bleiben vereint und wählen in Dramburg 1 Abgeordneten. Der Fürstenthumer Kreis wählt nach wie vor selbstständig in Cörlin 2 Abgeordnete. Für den Neustettiner und Belgarder Kreis fand die Wahl von 2 Abgeordneten bisher in Bärwalde statt, jetzt soll der Neustettiner Kreis 1 Abgeordneten in Neustettin und der Belgarder 1 in Belgard wählen. Der Regierungsbezirk Stralsund wählte bisher 4 Abgeordnete, Rügen und Franzburg 2 in Stralsund; jetzt soll Rügen selbstständig in Bergen und der Franzburger Kreis in Franzburg, ebenso der Grimmer und Greifswalder nicht mehr verbunden in Greifswald 2, sondern getrennt in Grimmen und Greifswald je einen Abgeordneten wählen.

— Der gestern Vormittag von hier nach Kopenhagen abgegangene Dampfer „Alexandra“, Kapitän C. A. Köhn, traf Nachmittags in Swinemünde ein und hat nur wenig Treibeis in der Nähe des Kricks gefunden.

— Vor mehreren Tagen miethete sich ein bisher nicht ermitteltes, etwa 20 Jahre altes, ziemlich großes Frauenzimmer, bei einer in der Pelzerstraße wohnenden Wittwe ein. Kurze Zeit nach dem Einzuge verließ ihre Wirthin auf kurze Zeit die Wohnung; als sie dorthin zurückkehrte, war jenes Frauenzimmer und mit derselben gleichzeitig verschiedenes Zeug aus der Wohnung spurlos verschwunden. Eines der gestohlenen Kleider hat die Diebin, wie nachträglich ermittelt, an ein in der Kirchenstraße wohnendes Mädchen für 10 Sgr. verkauft.

— Seit gestern sind wegen Obdachlosigkeit, Bettelns 2c. 9 Personen beiderlei Geschlechts verhaftet worden.

— Der Arbeiter Strauß, welcher gestern in Gemeinschaft mit einem Andern unterhalb des Königsthores ein Fäßchen Branntwein von einem Wagen stahl, wurde mit seiner Beute ergriffen und verhaftet. Sein Komplize entkam. — Aus einer Wohnung des Hauses Chausseestraße Nr. 26 in Züllchow ist vorgestern ein werthvolles Shawltuch gestohlen worden.

— Am Freitag wird zum Benefiz für Frau Förster Nicolai's beliebte Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ gegeben. Da die erste Aufführung eine höchst gelungene gewesen ist, namentlich auch das Spiel der Benefiziantin den reichsten und wohlverdienten Beifall gefunden hat, so darf man auf einen höchst interessanten Abend rechnen und können wir den Besuch der Vorstellung wohl empfehlen.

— Zum gestrigen Wochenmarkt sind von außerhalb 22,220 Pfund Fleisch hier eingeführt worden.

Stolp, 17. Februar. In der heutigen, ersten diesjährigen Schwurgerichtssitzung, welche der Kreis-Gerichts-Direktor Schumann aus Bütow leitete, wurde die unverehelichte Wilhelmine Klück aus Saulinke zum Tode verurtheilt, nachdem die Geschworenen sie schuldig erkannt hatten, im August v. J. ihr am 4. Juni desselben Jahres geborenes Kind vorsätzlich und mit Ueberlegung durch Ertränken in einem Wasserloche getödtet zu haben.

Gartz a. O., 17. Februar. Dem Fuhrmann Lindenberg jun. fuhr bei der Rückfahrt von Schwedt a. O. hierher sein eigener leerer Wagen mit Vorder- und Hinterrad über die Brust. L. starb in Folge dieses Unfalls noch bevor er seine Wohnung erreichte; er hinterläßt eine Frau mit einem Kinde.

Vermischtes.

— Die amerikanischen Blätter finden nicht genug Worte des Lobes für einen Klaviervirtuosen Herrn von Maier, der in den Städten Amerikas einen Triumph nach dem andern feiert. Bei einer der letzten Soireen, welche Maier veranstaltete, war der Präsident Johnson, sowie die Crême der Gesellschaft Newyork's anwesend und die Beifallsbezeugungen, welche dem Künstler zu Theil wurden, waren wahrhaft nervenerschütternd. Man wird diesen Ausdruck für einen vollkommen berechtigten anerkennen, wenn wir mittheilen, daß in Amerika die seltsame Sitte herrscht, den Superlativ des Beifalles durch Pfeifen auszudrücken. — Welches Gesicht würde ein in unseren Mauern konzertirender Künstler machen, wenn er den anderen Morgen in den Journalen die Notiz lesen würde: Das Publikum wurde nicht müde, den „Künstler auszupfeifen.“ Dafür sind wir Deutschen auch gutmüthig, die Amerikaner dagegen, die Yankees insbesondere, sehr pfiffig und heißen auch darum „smart people“ (pfiffige Leute).

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. Februar. Witterung: bewölkt. Temperatur Morgens — 0° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen behauptet, loco per 2125 Pfund gelber inländischer 102 bis 106 Rt., weißer 106—110 Rt., bunter 100—103 Rt., ungar. 93—99 Rt., feiner 100 Rt., 83—85pfd. pr. Februar 103 Rt. nom., Frühjahr 103, 104, $103\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd.

Roggen unverändert, loco pr. 2000 Pfd. 79—81 Rt. bez., Februar 80 Rt. nom., pr. Frühjahr $80\frac{1}{4}$, 80 Rt. Gd., Mai-Juni $79\frac{3}{4}$, 80 Rt. Br. u. Gd., Juni-Juli $79\frac{3}{4}$, 80 Rt. bez., Juli-August 72, $\frac{3}{4}$, 73 Rt.

Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco 53—56 Rt., pr. 69—70pfd. schles. $56\frac{1}{2}$ Rt. Br., ohne Gewichtsgarantie 56 Rt.

Hafer gefragt, per 1300 Pfd. loco $39\frac{1}{2}$—41 Rt. bez., 47—50pfd. Frühj. $40\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br.

Erbsen behauptet, per 2250 Pfd. 70—72 Rt. bez., Frühjahr 72 Rt. bezahlt.

Mais ungarischer loco $2\frac{11}{12}$ Rt. bez.

Wicken 61—63 Rt. bez.

Petroleum $6\frac{3}{4}$ Rt. loco bez.

Rappkuchen hiesige $2\frac{1}{4}$ Rt.

Rüböl fest, loco $10\frac{7}{12}$ Rt. Br., Febr.-März $10\frac{13}{24}$, $\frac{7}{12}$ Rt. bez., April-Mai $10\frac{2}{3}$ Rt. Br., September-Oktober 11 Rt. Br.

Spiritus matter, loco ohne Faß $20\frac{1}{24}$ Rt. bez., Februar $19\frac{3}{4}$ Rt. bez., Frühjahr $20\frac{1}{6}$ Rt. bez., $\frac{1}{2}$ Rt. Br., Mai-Juni $20\frac{1}{2}$ Rt. Br., Juni-Juli $20\frac{3}{4}$ Rt. Br.

Regulirungs-Preise: Weizen 103, Roggen 80, Rüböl $10\frac{7}{12}$, Spiritus $19\frac{3}{4}$.

Breslau, 19. Februar. Spiritus per 8000 Tralles $18\frac{5}{6}$. Weizen unverändert. Roggen per Februar $75\frac{1}{4}$, pr. Frühjahr $76\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Februar $10\frac{5}{12}$, Frühjahr $10\frac{5}{12}$. Raps höher. Zink pr. Februar $6\frac{2}{3}$.

Hamburg, 19. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, Weizen und Roggen auf Termine fester. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 181 Bankothaler Br., 180 Gd., per Februar-März 180 Br., 179 Gd., per Frühjahr 180 Br., 179 Gd. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Gd., per Februar-März 141 Br., 140 Gd., pr. Frühjahr 139 Br., 138 Gd. Hafer fest. Rüböl höher, loco $23\frac{1}{2}$, per Mai $24\frac{1}{8}$, per Oktober $24\frac{5}{8}$. Spiritus sehr ruhig. Kaffee: Amsterdamer Auktion blieb ohne Einfluß; ruhig. Zink loco Spezialmarke 13 Mk. 13 Sch.

Amsterdam, 19. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen loco Detailgeschäft, per März $312\frac{1}{2}$, pr. Mai $317\frac{1}{2}$, pr. Juni $310\frac{1}{2}$. Raps per April $70\frac{1}{2}$, per Oktober 72. Rüböl per Mai 37, per November-Dezember $38\frac{1}{2}$.